

Deutscher Osthandel wächst weiter überdurchschnittlich

Pressemitteilung

Berlin, 28. Juni 2018

- **Mittelosteuropa und Südosteuropa als Konjunkturmotoren**
- **OAOEV-Geschäftsführer Harms: US-Sanktionen verunsichern Unternehmen**
- **OAOEV-Vorstand Haußmann: Positive Wirtschaftslage in Polen und Ungarn wird durch politische Lage getrübt**

Der deutsche Handel mit der Region Osteuropa wächst weiterhin überdurchschnittlich: Nach einem Exportplus von über zehn Prozent im Jahr 2017 legte im ersten Jahresdrittel 2018 der deutsche Export in die 29 Partnerländer des Ost-Ausschuss – Osteuropaver eins der Deutschen Wirtschaft (OAOEV) um rund sechs Prozent zu und wuchs damit erneut kräftiger als der gesamte deutsche Export (+4,4 Prozent). Auch die Importe legten mit knapp sieben Prozent überdurchschnittlich zu. Besonders stark war erneut die Nachfrage nach deutschen Gütern aus Südosteuropa und den mittelosteuropäischen EU-Ländern. Schwächer entwickelte sich hingegen das Russlandgeschäft.

Negativer Einfluss der US-Wirtschaftssanktionen

Angesichts neuer US-Sanktionen gegen Iran und Russland setzt sich der Ost-Ausschuss – Osteuropaver eins der Deutschen Wirtschaft (OAOEV) für einen besseren Schutz europäischer Unternehmen vor US-amerikanischen Maßnahmen ein.

„Die angekündigte Anwendung von US-Sanktionsrecht auf europäische Unternehmen widerspricht den Regeln der WTO und des Völkerrechts. Es kann nicht sein, dass von Abgeordneten in Washington darüber entschieden wird, welche Geschäftspartner deutsche Unternehmen haben dürfen und welche nicht“, sagte Michael Harms, Vorsitzender der Geschäftsführung des OAOEV, auf der ersten Jahrespressekonferenz der vereinigten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft für Osteuropa.

Im Falle der wieder eingeführten US-Sanktionen gegen den Iran hat die EU-Kommission Anfang Juni mit der Aktivierung eines „Blocking-Statuts“ reagiert, das europäischen Unternehmen verbietet, US-Sanktionsrecht zu beachten.

„Dies ist ein starkes Signal, das aber noch mit einem Entschädigungsmechanismus unterlegt werden muss, falls europäische Unternehmen von US-Behörden tatsächlich wegen ihrer Geschäftskontakte sanktioniert werden“, so Harms. Das „EU-Blocking-Statut“ müsse zudem auch im Falle der US-Russland-Sanktionen gelten.

Nord Stream 2 stabilisiert Energiepreise in Europa

Mit deutlichen Worten wandte sich Harms gegen Überlegungen in den USA, das europäisch-russische Pipelineprojekt Nord Stream 2 zu sanktionieren: „Nord Stream 2 ist nach Recht und Gesetz in der EU genehmigungsfähig, die Arbeiten an dem Projekt haben begonnen. Noch im

Herbst 2017 gab es zudem von US-Seite die klare Zusage, laufende Projekte nicht zu sanktionieren.“

Die Ostsee-Pipeline helfe dabei, durch zusätzliche Kapazitäten die Energiepreise in der ganzen EU stabil und die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. „Wir haben in den letzten Monaten erlebt, dass die innereuropäische Gasförderung in den Niederlanden schneller sinkt, als angenommen. Wir werden deshalb den Erdgasimport in die EU um 80 bis 100 Milliarden Kubikmeter pro Jahr steigern müssen. Nord Stream 2 deckt davon rund 50 Milliarden Kubikmeter ab“, so Harms.

Der Erdgas-Transit durch die Ukraine werde durch Nord Stream 2 nicht ersetzt. Deshalb sei es wichtig, jetzt einen neuen Transitvertrag zwischen Russland und der Ukraine für die Zeit nach 2019 abzuschließen und in die Modernisierung des ukrainischen Pipeline-Netzes zu investieren. „Wir begrüßen sehr, dass die Bundesregierung und die EU hier vermitteln und es Mitte Juli zu einer ersten Verhandlungsrunde kommt.“

Im Hinblick auf US-amerikanische Ziele, mehr Flüssiggas nach Europa zu exportieren, betonte Harms, dass es bereits über 30 europäische LNG-Terminals gebe und Flüssiggas ein wichtiger Teil des europäischen Energiemixes werden könne – Voraussetzung dafür seien aber wettbewerbsfähige Preise.

Wirtschaftsausblick: Mittelosteuropa als Motor

Die wachsende Unsicherheit, die die aktuelle US-Politik für Unternehmen im Russlandgeschäft bedeutet, schlägt sich in den Geschäftserwartungen für 2018 nieder. „Nach einem guten Jahr 2017 ist der deutsch-russische Handel im ersten Jahresdrittel nur noch sehr verhalten gewachsen“, sagte Harms. Und zuletzt seien unter dem Druck der US-Sanktionen die Wachstumserwartungen für Russland auf unter zwei Prozent korrigiert worden. „Von der Fußball-WM gehen zwar positive Effekte etwa durch Infrastrukturmodernisierungen aus, diese sind aber örtlich begrenzt. Trotz Rekord-WM liegt das Investitionsvolumen gemessen an den Gesamtinvestitionen in Russland nur bei rund einem Prozent“, so Harms. Insgesamt sei das Turnier aber eine tolle Visitenkarte für den Standort Russland: „Beeindruckende Stadien, eine gut funktionierende Organisation, eine wunderbare faire Stimmung – die WM ist echte Werbung für Russland und seine Bevölkerung.“

Während die Wachstumsdynamik in Russland und seinen Nachbarländern derzeit nur verhalten ist, punkten die Länder Mittelosteuropas und des Westlichen Balkans auch 2018 mit einem überdurchschnittlich hohen Wirtschaftswachstum und tragen zum Aufschwung in der Europäischen Union bei.

Besonders positiv sind die Vorhersagen für Polen, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner Deutschlands in Mittel- und Osteuropa: „Während die Wirtschaft im EU-Durchschnitt voraussichtlich um 2,3 Prozent zulegt, wird für Polen aktuell ein Wachstum von rund vier Prozent erwartet“, sagte Philipp Haußmann (Ernst Klett AG), Vorstandsmitglied und neuer Sprecher des Arbeitskreises Mittelosteuropa im OAOEV. Insbesondere der starke Privatkonsum und steigende Exporte kurbelten die Konjunktur in der Region an.

Von dem Boom profitierten auch deutsche Unternehmen. Das belegen die vom OAOEV ausgewerteten Handelszahlen für Januar bis April 2018. Die von einem hohen Niveau ausgehenden deutschen Exporte nach Polen legten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um weitere 7,8 Prozent, nach Tschechien um 4,5 Prozent und nach Ungarn sogar um 9,3 Prozent zu. Auch der Warenaustausch mit dem Baltikum konnte einen starken Zuwachs verbuchen.

Der teilweise extreme Fachkräftemangel, steigende Lohnkosten und die politischen Spannungen mit Berlin und Brüssel bereiteten deutschen Unternehmen allerdings Sorgen. Hinzu käme in Polen und Ungarn eine wachsende Verunsicherung von Investoren durch staatliche Eingriffe in die Privatwirtschaft. „Die Nähe eines Unternehmens zur Regierung scheint in einzelnen Branchen eine zunehmende Rolle zu spielen. Dies beobachten wir mit Sorge“, sagte Haußmann.

Neue Impulse in Südosteuropa und Zentralasien

Positiv kommentiert der OAOEV die jüngsten Entwicklungen auf dem Westlichen Balkan: „Die sich abzeichnende Lösung des Namensstreits zwischen Griechenland und Mazedonien kann hier für einen starken zusätzlichen Impuls sorgen“, sagte OAOEV-Geschäftsführer Harms. „Die EU sollte diese Einigung unterstützen und möglichst bald EU-Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien aufnehmen.“ Gleiches gelte für Albanien, das zuletzt durch Reformen im Rechtssystem einen deutlichen Schritt nach vorne gemacht habe.

Größere Beachtung sollte nach Ansicht des OAOEV der Entwicklung in Zentralasien geschenkt werden. „Usbekistan verfolgt hier ein ehrgeiziges Reformprogramm und öffnet Türen für westliche Investoren, die jahrzehntelang geschlossen gewesen sind“, sagte Harms und kündigte den Start eines neuen Praktikantenprogramms des OAOEV für junge Usbeken in deutschen Unternehmen an. „Wir wollen damit auch den Aufbau deutsch-usbekischer Netzwerke intensivieren.“ Harms wünscht sich, dass auch die EU mit ihrer neuen Zentralasien-Strategie wieder stärker in der Region präsent ist. Dies sei wichtig, um im Konkurrenzkampf mit China in der Region wieder Boden gut zu machen.

Eine aktuelle Übersicht über die Entwicklung des deutschen Handels mit den 29 OAOEV-Ländern in den Monaten Januar bis April ist dieser Pressemitteilung angefügt und über die Internet-Seite www.oaev.de verfügbar.

Über den OAOEV:

Am 23. März 2018 stimmten die Mitglieder des Ost-Ausschusses und des Osteuropaver eins der deutschen Wirtschaft in Berlin einstimmig für die Verschmelzung zum „Ost-Ausschuss – Osteuropaver ein der Deutschen Wirtschaft e.V.“ (OAOEV). Diese neue einheitliche Regionalinitiative bündelt die Kompetenzen der beiden traditionsreichen Vereine und fördert die deutsche Wirtschaft in den 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China.

Der OAOEV hat rund 350 Mitgliedsunternehmen und -verbände. Getragen wird der Verein zudem von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Bundesverband deutscher Banken, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft

(GDV), Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE), Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA).

Der OAOEV ist jährlich an rund 100 Veranstaltungen beteiligt. Seine Mitglieder organisieren sich in zwölf Arbeitskreisen. Dies sind die Länderarbeitskreise Belarus, Mittelosteuropa, Russland, Südkaukasus, Südosteuropa, Ukraine und Zentralasien, sowie die Branchenarbeitskreise: Agrarwirtschaft, Digitalisierung, Gesundheitswirtschaft, Logistik/ Verkehrsinfrastruktur, Urbane Infrastruktur/ Energieeffizienz

Deutscher Osthandel Januar - April 2018



Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Anderung 2018 in % gg. über Vorjahreszeitraum		
	Januar-April 2018	Januar-April 2017	Januar-April 2018	Januar-April 2017	Januar-April 2018	Januar-April 2017	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Polen	38.302.036	35.626.526	17.810.946	16.528.355	20.491.090	19.098.171	7,8	7,3	7,5
Tschechische Republik	30.324.116	29.124.009	15.982.316	15.297.350	14.341.800	13.826.659	4,5	3,7	4,1
Russische Föderation	20.026.463	19.538.484	11.608.314	11.235.229	8.418.149	8.303.255	3,3	1,4	2,5
Ungarn	18.209.654	16.935.012	9.336.907	8.541.888	8.872.747	8.393.124	9,3	5,7	7,5
Rumänien	10.657.670	9.645.155	5.309.237	4.826.193	5.348.433	4.818.962	10,0	11,0	10,5
Slowakei	9.327.876	9.477.270	4.754.164	4.994.702	4.573.712	4.482.962	-4,8	2,0	-1,6
Slowenien	3.998.571	3.695.241	2.133.566	1.977.346	1.865.005	1.717.895	7,9	8,6	8,2
Bulgarien	2.775.987	2.448.246	1.478.222	1.277.299	1.297.765	1.170.947	15,7	10,8	13,4
Ukraine	2.340.332	2.080.498	864.862	638.090	1.475.470	1.442.408	35,5	2,3	12,5
Kasachstan	1.837.566	1.556.235	1.448.703	1.142.156	388.863	414.079	26,8	-8,1	18,1
Kroatien	1.777.143	1.563.007	579.159	501.361	1.197.984	1.061.646	15,5	12,8	13,7
Litauen	1.732.559	1.569.039	586.545	556.100	1.146.014	1.012.939	5,5	13,1	10,4
Serbien	1.486.677	1.330.354	630.209	582.248	856.468	748.106	8,2	14,5	11,8
Ehemalige jugoslaw. Republik Mazedonien	1.261.873	1.068.889	886.459	756.615	375.414	312.274	17,2	20,2	18,1
Lettland	885.762	834.734	284.561	263.900	601.201	570.834	7,8	5,3	6,1
Estland	875.127	813.579	249.580	239.002	625.547	574.577	4,4	8,9	7,6
Belarus	679.281	543.078	189.675	144.594	489.606	398.484	31,2	22,9	25,1
Bosnien und Herzegowina	556.192	495.329	259.441	226.451	296.751	268.878	14,6	10,4	12,3
Aserbaidschan	531.608	483.625	409.379	411.883	122.229	71.742	-0,6	70,4	9,9
Republik Moldau	210.242	167.442	77.149	57.200	133.093	110.242	34,9	20,7	25,6
Usbekistan	187.270	187.382	7.092	6.917	180.178	180.465	2,5	-0,2	-0,1
Georgien	146.795	131.705	29.065	26.706	117.730	104.999	8,8	12,1	11,5
Albanien	113.872	119.897	37.735	29.577	76.137	90.320	27,6	-15,7	-5,0
Armenien	105.086	76.569	40.204	34.036	64.882	42.533	18,1	52,5	37,2
Kosovo	73.835	64.655	7.736	5.385	66.099	59.270	43,7	11,5	14,2
Turkmenistan	60.796	113.661	664	2.785	60.132	110.896	-76,0	-45,8	-46,5
Montenegro	39.255	32.254	5.377	4.306	33.878	27.948	24,9	21,2	21,7
Kirgisische Republik	25.728	21.763	4.586	4.954	21.142	16.809	-7,4	25,8	18,2
Tadschikistan	20.136	6.991	599	636	19.537	6.355	-5,8	207,4	188,0
Osteuropa Gesamt	148.569.508	139.750.629	75.012.452	70.313.244	73.557.056	69.437.385	6,7	5,9	6,3
Deutscher Handel Gesamt	796.122.501	762.440.237	357.756.985	342.540.705	438.365.516	419.899.532	4,4	4,4	4,4

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018
Stand: 20.06.2018 / 16:02:24
Berechnungen des OAOEV

Presse-Kontakt:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Andreas Metz

Tel.: 030 206167 -120

E-Mail: A.Metz@bdi.eu

www.oaoev.de

Besucheranschrift/Visiting Address:

Gertraudenstraße 20

Telefon:+49 30 206167-134

Fax: +49 30 20282452

E-Mail: M.Stender@bdi.eu

www.oaoev.de

[Newsletter](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#)